

KOSOVO

Plötzlicher Reichtum

Ein Ex-Oberbürgermeister von Sindelfingen soll die Krisenprovinz ökonomisch voranbringen. Bei der Privatisierung muss er viel Filz bekämpfen.

Er kommt nicht einfach daher, er sprintet. Drückt im Vorbeirauschen allen die Hände, kennt jeden, strahlt, lässt aber niemanden im Zweifel: Ich bin hier der Chef. Dr. Joachim Rücker, 54, leitet seit knapp einem Jahr als Sonderbeauftragter der Uno den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Krisenprovinz Kosovo.

Nach acht Jahren als Oberbürgermeister im württembergischen Sindelfingen, nach Erfahrungen als Finanzexperte der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und einem Posten im Auswärtigen Amt, den er als zu ruhig empfand, wollte der Diplom-Volkswirt „endlich wieder mal was bewegen“. Zwar hätten ihn alle Freunde eindringlich vor der „mission impossible“ gewarnt, doch er halte sich lieber an die Devise seines einstigen Parteichefs Willy Brandt: Man müsse das Unmögliche wollen, um das Mögliche zu erreichen.

Rücker zupft seine signalrote Krawatte für den nächsten PR-Termin zurecht. Vor dem Regierungsgebäude in Priština wartet bereits der Jeep mit den abgedunkelten Scheiben. Er schnappt sich einen braunen Hut vom Haken, knautscht ihn demonstrativ zwischen den Händen und preist vergnügt sein schwäbisches Sparmodell: „Koffertauglich, kommt immer wieder in Form.“

Die rasante Fahrt durch den Nieselregen führt zu einer Feier des Fußballteams der Zollverwaltung, das bei einem internationalen Turnier den zehnten Platz errang. Der deutsche Stargast lobt in seiner kurzen Rede die Erfolge bei der Aussöhnung der verfeindeten Volksgruppen, schließlich spielen bei den Zöllnern Serben und Albaner zusammen in einer Mannschaft. Dann wird mit Bier und Wein angestoßen, und Rücker erhält den Turnierball als Erinnerungsgeschenk – weg ist er.

Nächster Termin. Der Kinosaal im Uno-Verwaltungsgebäude in Priština ist bis auf den letzten Platz voll mit Investoren, Funktionären, Journalisten und Prominenten. Das Ergebnis des neunten Ausschreibungsabschnitts für die Privatisierung öffentlicher Betriebe soll bekanntgegeben werden. Von den rund 500 zum Verkauf stehenden staatlichen Betrieben sind bereits 200 in Privatbesitz übergegangen.

Als Erstes wird der Zettelkasten geöffnet, der die Angebote serbischer Unternehmer

enthalten soll. Er ist leer – wie fast immer. Die Serben des Kosovo boykottieren die Privatisierung. Sie sehen in ihr einen weiteren Schritt zum vorzeitigen Übergang der Provinz in die Unabhängigkeit – obwohl sie offiziell noch zu Serbien gehört.

Rechtlich ist die Milošević-Ära bereits abgewickelt. Für die Treuhandbehörde, die Rücker leitet, gelten die Eigentumsrechte vor dem 23. März 1989 – an dem Tag hatte der einstige Belgrader Diktator die Autonomie des Kosovo mit einer Verfassungsänderung außer Kraft gesetzt. Als Folge waren fast alle Arbeiter albanischer

walters im Kosovo, Søren Jessen-Petersen, ist: „Interessenten sprechen sich gegenseitig ab. Wir unterbinden so etwas, sobald wir Hinweise darauf bekommen.“

Nicht jeder Ärger ist so zu verhindern. Zuweilen macht sich die Wut leer ausgegangener Anbieter in wilden Drohungen Luft. Auch Vermutungen, dass Kosovo-Politiker Strohmänner vorschoben, um lukrative Objekte selbst zu erwerben, halten sich hartnäckig. Der Anwalt einer glücklosen Kosovo-Firma forderte sogar, wegen eines angeblichen Berechnungsfehlers Rückers Immunität aufzuheben – um ein

Zink, Blei – ja sogar Silber und Gold. Dazu kämen große Braunkohlevorkommen, die auf dem Energiemarkt Südosteuropas eine wichtige Rolle spielen könnten.

Allerdings kennt der Aufbaumanager genauso gut die Widrigkeiten, die seinen Erfolg gefährden: stagnierendes Wachstum, eine Arbeitslosenquote von 50 Prozent und die höchste Geburtenrate in Europa – die dafür sorgt, dass jedes Jahr Zehntausende Neuzugänger auf dem Arbeitsmarkt vergebens nach einem Job Ausschau halten. Die Exporte decken derzeit nur fünf Prozent der Einfuhren ab, der Rest des



Uno-Beauftragter Rücker (2. v. l.), Kombinat Ferronikeli in Glogovac: „Endlich mal was bewegen“

Abstammung aus den Staatsbetrieben entlassen worden. Nun sollen jeweils 20 Prozent der Erlöse aus der Privatisierung an jene Arbeiter ausgezahlt werden, die am Stichtag dort beschäftigt waren.

Der zweite Kasten ist randvoll mit Offerten. Bieter sind vor allem betuchte Albaner aus der Diaspora, aber auch Kosovo-Albaner, deren plötzlicher Reichtum hier keiner Grundlagenforschung unterzogen wird. Ausländische Investoren haben bisher kaum Interesse gezeigt, weil die Statusfrage der Provinz noch immer nicht geklärt worden ist. Eine der wenigen Ausnahmen: Das Bergbau-Kombinat Ferronikeli ging vergangenes Jahr für über 30 Millionen Euro an einen Konzern aus der Schweiz.

Rücker beobachtet von einer hölzernen Bank auf der Bühne aus die Angebotseröffnung. Als ein Kosovo-Minister ans Rednerpult tritt und einen Sonderapplaus für den Deutschen fordert, der die Privatisierungserlöse seit seinem Eintreffen von 15 auf 100 Millionen Euro hochgetrieben hat, winkt der mit einer unwirschen Handbewegung ab. Dafür ist er schließlich hier.

Natürlich werde versucht, Druck auf ihn auszuüben, gesteht der mit einer Kinderärztin verheiratete Schwabe, der zugleich einer der Stellvertreter des Uno-Ver-

Rechtsverfahren gegen den Uno-Wirtschaftskommissar einzuleiten.

Bis zu 16 Stunden dauert ein normaler Arbeitstag des Sindelfingers, und er endet oft im winzigen Restaurant „Il Passatore“ in einer dunklen Seitengasse Prištinas. Während der Eingang dezent von seinem deutschen Leibwächter überwacht wird, kredenzt Mama Antonella, die italienische Wirtin, ihrem Stammgast einen italienischen Rotwein – nicht den einheimischen Stoff, der eher berüchtigt ist als berühmt: Vom Amselfeld des Kosovo stammte der meistgetrunkene Billig-Rotwein der Deutschen, bevor er mit den Sanktionen gegen Belgrad aus den Supermärkten verschwand.

Noch in diesem Monat steht die Ausschreibung für die größten Weingüter des Amselfelds an. Mit etwas Geschick, so Rücker, könnten neue Winzer wieder an alte Zeiten anknüpfen und hohe Exportgewinne einfahren, möglicherweise sogar einen internationalen Qualitätswein produzieren.

Kosovo sei kein schwarzes Loch, in das Europäer auf Jahre hinaus Hilfgelder versenken müssten, glaubt der Uno-Mann. Die Region mit ihren zwei Millionen Einwohnern verfüge über hochinteressante geologische Formationen: Erze, Nickel,

Handelsdefizits wird durch Auslandsüberweisungen und die Präsenz der internationalen Gemeinschaft ausgeglichen.

Anfang November hatte die Kosovo-Regierung in einer Absichtserklärung gegenüber dem Internationalen Währungsfonds gelobt, künftig einen strengen Stabilitätskurs zu fahren. Das könnte der erste Schritt zur Integration der Provinz in das internationale Finanzsystem sein, freut sich Rücker. Doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens sind angebracht. Denn die Regierung, die gerade Sparsamkeit versprochen hatte, kaufte prompt zwölf Luxuslimousinen für ihre Minister ein. Gesamtkosten: über 600 000 Euro.

Vor herben Enttäuschungen ist deshalb auch Berufsoptimist Rücker nicht gefeit. Richtig gefreut habe er sich, als er vor wenigen Wochen in Priština plötzlich vier Mülltonnen in unterschiedlichen Farben zur Mülltrennung entdeckte – ganz wie in seiner Heimat. Sofort rief er seine Frau an, die als Abgeordnete der Grünen im Stuttgarter Stadtrat sitzt, und schilderte ihr stolz den Durchbruch beim Umweltschutz.

Dann habe er seinen getrennten Müll zu den Containern gebracht. In allen Tonnen lagen Wurstreste neben Plastikflaschen und Zeitungen neben Blech, wie gehabt.

RENATE FLOTTAU